

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sontage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 21. Februar. Se. Majestät der König haben Allernädigst ge-ruht: Dem Notar Dr. jur. Schramm zu Hamburg den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse, so wie dem Kaufmann Schön, dem Kaufmann Schubart und dem Advokaten Dr. jur. Dönnenberg dafelbst den Königlichen Kronenorden vierter Klasse zu verleihen; ferner den Divisions-Auditeur der 7. Division, Justiz-Rath und Sekonde-Lieutenant a. D. Stetter zum Korps-Auditeur des 9. Armee-Korps und den Divisions-Auditeur der 8. Division, Justizrath und Hauptmann a. D. Müller, zum Korps-Auditeur des 11. Armeekorps zu ernennen.

Telegramme der Posener Zeitung.

München, 20. Februar, Abends. Aus bester Quelle werden die Nachrichten über ministerielle Differenzen und einen bevorstehenden Ministerwechsel als unbegründet bezeichnet. Die bezüglichen Gerüchte waren anlässlich der Frage über Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofes entstanden. Es liegen Entlassungsgesuche seitens mehrerer oder auch nur eines Ministers dem Könige nicht vor. Die Stellung des Fürsten Hohenlohe ist eine völlig unveränderte und entbehren alle Behauptungen, diese Stellung sei durch die Stuttgarter Konferenzen erschüttert, jeder Unterlage.

München, 20. Februar, Nachmittags. Die "Bairische Zeitung" meldet amtlich: Die Kommission württembergischer und bayerischer Offiziere zur Prüfung der Hinterladungswaffen hat ihre Berathungen vertagt, um dieselben nach Eintreffen von Munitionsvorräthen für das ins Auge gesetzte Einlader-Repetitionsystem wieder aufzunehmen. Die Kommission ließ den Vorzügen der Hinterladungswaffen, — kleines Kaliber, vollkommen Präzision und Schnelligkeit des Feuers — volle Anerkennung widerfahren.

Im nichtamtlichen Theile dementirt dasselbe Organ die Mittheilungen der Frankfurter "Europe" vom 18. d. über eine angebliche Depesche des Fürsten Hohenlohe an den Grafen Bismarck, betreffend die künftige Stellung der Standesherren.

Dresden, 20. Februar. Gestern Abend fand zu Ehren der hohen Gäste ein Galladiner statt; derselben folgte der Besuch des Hoftheaters und eines Hofkonzerts. Heute Morgen brachten zwei sächsische Militärmusikkorps Sr. Majestät dem Könige Wilhelm eine Morgenmusik. Der König besichtigte im Laufe des Vormittags die hier garnisonirenden preußischen Truppen und besuchte hierauf die im Kadettenhaus liegenden schwer verwundeten preußischen Mannschaften. Später wurde dem König Wilhelm in der Neustädter Reiterkaserne das sächsische Lehrbataillon vorgeführt. Der König von Preußen, von seinem Sohne, dem Kronprinzen und seinem Bruder, dem Prinzen Albrecht, begleitet, wurde daselbst von dem Könige Johann, dem Kronprinzen von Sachsen und dem Prinzen Georg empfangen. Heute Abend 7 Uhr werden die hohen Gäste von Dresden abreisen.

Leipzig, 20. Februar. In der heute stattgefundenen engeren Wahl zum Reichstage siegte Geheimrath v. Wächter mit 5434 Stimmen über den Vicebürgermeister Stephani, welcher 4503 Stimmen erhielt.

London, 20. Februar, Mittags. Ihre kgl. Hoheit die Prinzessin von Wales ist von einer Tochter glücklich entbunden. Die hohe Frau wie die neugeborene Prinzessin befinden sich den Umständen gemäß vortrefflich.

Die telegraphische Verbindung mit Valencia ist seit heute Vormittag um 10 Uhr abermals gestört.

Marseille, 20. Februar. Aus Athen sind folgende vom 14. d. datirte Nachrichten eingetroffen: Der Dampfer "Panhellonion", welcher auf seiner elften Fahrt von Kreta begriffen war, um Flüchtlinge von der Insel fortzubringen, wurde von einer türkischen Fregatte verfolgt und suchte im Hafen von Cérigo Zuflucht. Der Kommandeur der türkischen Fregatte drohte, den "Panhellonion" in den Grund zu bohren, falls er wagen würde, nach Syra zurückzufahren. Der König von Griechenland sandte die Brigg "Salamina" ab, um den "Panhellonion" zu eskortiren und eventuell Gewalt mit Gewalt zurückzuweisen. Die Gesandten in Athen wurden von diesem Vorfall auf Befehl des Königs in Kenntnis gesetzt.

Bern, 20. Februar. Der Bundesrat hat versügt, daß die öffentliche Subskription auf die Anleihe von 6 Millionen Frs. vom 1. bis 15. März stattfinden solle.

Florenz, 19. Febr., Abends. Wie die "Razionali" versichert, wird durch königliches Dekret die Ausführung des Gesetzes, betreffend die Erhebung einer vierprozentigen Steuer auf das Einkommen vom Grundbesitz bis zum 15. April verschoben werden. Das kommende Parlament wird entscheiden, ob diese Steuer beibehalten oder abgeschafft werden soll.

Der neue Finanzminister Depretis beabsichtigt gewisse Verbesserungen hinsichtlich der Besteuerung des beweglichen Vermögens einzuführen, durch welche die letztere für das Publikum fernerhin weniger lästig gemacht werden soll.

Ein Rundschreiben des Barons Ricafoli an die Präfekten äußert sich folgendermaßen:

Die letzte Kammer hat nicht bewiesen, daß sie alle nöthigen Elemente besaß, um ihre Aufgabe in einem parlamentarischen Staatsleben zu erfüllen. Das Ministerium wurde durch die höchsten Staatsräthlichen geleitet und blieb jener ruhmvollen Ueberlieferung treu, durch welche die Proklamation der italienischen Einheit mit dem Versprechen der Freiheit der Kirche als zusammengehörig hingestellt wird, als sie eine Vorlage machte, um die schwiebende Frage zwischen den bürgerlichen und den religiösen Gesellschaft zu lösen. Der wahre Beweisgrund der Parlamentsauflösung war: eine nationale, feste, kompakte Majorität zu bilden, welche der Regierung Macht und Kraft verleihe. Italien ist der unfruchtbaren Diskussionen müde. Die Schwäche der Regierung und der fortwährende Wechsel der Personen und Programme im Kabinett ist die Hauptursache der häufigen Störungen im Verwaltungsgange. Hiergegen kann nur ein neues Parlament Abhilfe schaffen. Gleichwohl glaubt das gegenwärt-

tige Ministerium seine Ansichten vor dem Lande darlegen zu sollen. Hinsichtlich der Finanzverwaltung glaubt dasselbe eine Vermehrung der Einnahmen durch Einsparungen und durch eine Reform des Steuerwesens anstreben zu müssen. Das Ministerium wird sofort die Rechnungsabschlüsse der Diskussion des Parlaments unterbreiten. Ein Hauptübelstand, welcher Abhülfen erheischt, liegt in dem schlechten wirtschaftlichen Zustande, in welchem sich die italienischen Provinzen befinden.

Die Vorlage, betreffend die Kirchenfreiheit, hat Zweifel rege gemacht, welche beseitigt werden müssen. Bei einer etwaigen Diskussion wäre das Ministerium im Stande, manche Auflärung zu geben, manche Befürchtung zu beschwicken. Italien hat das ruhmvolle Geschick, die einzige noch zu lösende politische Frage mit der großen sozialen Frage zwischen Kirche und Staat intim verbunden zu sehen. Die Regierung erwartet die Lösung des Problems von einer neuen umfassenden Anwendung der Prinzipien der Freiheit. Das Mittel dieser Anwendung wird eine neu umgestaltete Vorlage liefern können, in welcher dem Urtheil der öffentlichen Meinung Rechnung getragen wird. Die Frage der Kirchenfreiheit hängt eng zusammen mit der Frage betrifft der geistlichen Güter. Nichts liegt den Absichten des Ministeriums ferner, als der Gedanke, die Bischöfe zu Schiedsrichtern über das kirchliche Vermögen zu machen, die religiösen Institutionen jeder Bürgschaft für ihre Dauer zu übertragen und den niederen Clerus der Gewalt des hohen zu überliefern. Italien bedarf einer starken Regierung. Es verlangt die Entwicklung des Nationalreichtums, es wünscht aber auch keine abenteuerliche Politik. Das Parlament muß daher aus Persönlichkeiten zusammengesetzt sein, welche im Stande sind, diesen Anforderungen zu entsprechen.

Paris, 21. Februar. Der "Abend-Moniteur" enthält ein Communiqué, wonach die Kaiserliche Regierung in der Schwäche ihrer Nachbarn keinen Vortheil er sieht, sie anerkennt vielmehr das allseitige Solidaritätsprinzip. Der Fortschritt einzelner Nationen nützt allen.

Dasselbe Blatt berichtet aus New York vom 19. Februar: Maximilian werde seine Hauptstadt gegen den heranmarschirenden Siegreichen Juarez vertheidigen.

Das Resultat der Parlamentswahlen in Posen und Westpreußen.

Wir beginnen mit dem Geständniß, daß uns der Ausfall der Wahl nicht ganz befriedigt. Einsprüche derselbe der Kopfzahl, so wäre nicht das Verhältniß 6 : 9, sondern 7 : 8 herausgekommen; die polnische Partei hat einen Erfolg erzielt, wie in keiner früheren Wahl. Der Einfluß, welche ihr dabei gedient haben, gedachten wir schon, doch müssen wir hier noch die Wahrscheinlichkeit aussprechen, daß im Wahlkreise Posen trotz jener Einflüsse eine Stimmenmehrheit für den deutschen Kandidaten zu ermöglichen war, wenn nicht, entweder aus Lässigkeit oder Festhalten an einem befrüchteten Parteipunkt in der Stadt Posen eine beträchtliche Anzahl von Stimmen verloren gegangen wäre. Im Landkreise war ein besseres Resultat kaum zu erwarten: die Stadt braucht gegen 3000 überschreitende Stimmen, um bei künftigen Wahlen den deutschen Abgeordneten die Mehrheit zu sichern; diese würde sie bei geeigneter Organisation auch aufbringen. Es bedarf vor Allem einer Berichtigung der Wählerlisten, dann aber auch eines Wahleifers, wie ihn die polnische Partei zu befunden gewohnt ist.

In den übrigen Wahlkreisen ist das Nationalitätsverhältniß in den Wahlen richtig zu Tage getreten. Von 11 Kreisen sind 6 deutsche und von 15 Kreisen 9 polnische Abgeordnete gewählt worden. Die 11 erstgenannten Kreise sind: Bromberg, Schubin, Birzisz, Chodziezen, Czarnikau, Samter, Dobrin, Birnbaum, Meseritz, Borsig, Fraustadt. In denselben wurden 63,633 deutsche und 38,880 polnische Stimmen abgegeben. Zieht man von den letzteren die für die polnischen Kandidaten abgegebenen, mindestens auf 8000 zu veranschlagenden Stimmen der deutschen Katholiken ab und zählt sie den deutschen hinzu, so sind in den genannten 11 Kreisen 71,633 deutsche und 30,880 polnische Stimmen abgegeben worden. Die 15 Kreise, aus denen polnische Abgeordnete hervorgegangen, sind: Inowraclaw, Mogilno, Gnesen, Wongrowitz, Posen, Büt, Kosten, Schröda-Schrillum, Wreschen, Pleschen, Adelnau, Schildberg, Krötschin, Kröben. In ihnen beträgt die Zahl der deutschen Stimmen 47,126, der polnischen 100,357. In den Kreisen Posen (nebst Stadt Posen) und Kröben halten die deutschen Stimmen (13,682) den polnischen (15,790) ziemlich das Gleichgewicht. Nimmt man diese beiden Kreise zu den eben genannten 11 überwiegend deutschen Kreisen hinzu, so hat das Wahlergebnis die Provinz Posen in zwei ziemlich gleiche Hälften mit je 13 Kreisen geschieden, von denen die westliche Hälfte eine überwiegend deutsche, die östliche Hälfte eine überwiegend polnische Bevölkerung hat. In der westlichen Hälfte der Provinz sind 85,315 deutsche und 46,670 polnische Stimmen, in der östlichen Hälfte 33,502 deutsche und 84,567 polnische Stimmen abgegeben worden. Im Regierungsbezirk Posen beträgt die Zahl der abgegebenen deutschen Stimmen (mit Einschluß der auf 7000 zu schätzenden Stimmen der deutschen Katholiken) 73,781, der polnischen Stimmen 86,940, im Regierungsbezirk Bromberg resp. 45,036 (mit Einschluß von ca. 1000 deutsch-katholischen Stimmen) und 44,297. In der ganzen Provinz sind demnach 118,817 deutsche und 131,237 polnische Stimmen abgegeben worden.

In Westpreußen zählen die Polen drei Abgeordnete, die Deutschen zehn: im Stargard-Bereiter Kreise erhielt der Landschaftsrath von Jackowski 11,767 Stimmen, sein Gegenkandidat, Domprobst Dr. Herzog 6057 Stimmen. Ein besseres Resultat war hier unter keinen Umständen zu erreichen.

Im Kreise Neustadt-Karthaus siegte der Gutsbesitzer Czarinski und im Kreise Konitz auffallender Weise Defontski gegen Wehr mit 7500 gegen 3600 Stimmen. Dieses Resultat ist einziger der Agitation der kathol. Geistlichen zuzuschreiben. Mit Ausnahme von höchstens 400, sagt ein Bericht der "Bromb. Ztg." aus Konitz, haben alle Katholiken für den polnischen Kandidaten gestimmt. Der Pfarrer in Büt soll sich so ausgedrückt haben, daß die Wähler

Zinsrate
1½ Sgr. für die fünfgespannte Seite oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

verstanden haben, sie würden von der Kirche ausgestoßen, wenn sie dem deutschen Kandidaten ihre Stimme gäben.

Pfarrer Lipski aus Czersk und Pfarrer Guttman aus Long — heißt es weiter — sind noch die letzten Tage und Nächte in deutschen katholischen Dörfern gewesen (5 Meilen von ihrer Pfarre), und sollen mit dem Wahn: "Eure Religion ist gefährdet" für den Polen gewirkt haben. Diese deutschen katholischen Dörfer sind von ehemals eingewanderten Westphalen bewohnt; in Sinn und Sprache bilden Deutsche, verstehen die Wenigsten die polnische Sprache).

Zwei andere deutsche Pfarrer haben dem deutschen Kandidaten versprochen, ihre Stimmen zu geben, für denselben zu wirken, weil sie selber sagten, die Religion käme hierbei nicht in Betracht. Dieselben haben nicht Wort gehalten. Haben weder ihre Stimmen gegeben, noch gewirkt und der Pfarrer zu Debeltz hat sich so ausgedrückt, daß die Leute verstanden haben, sie sollen nach ihrem Glauben wählen.

Es ist durch diese Agitationen eine ziemlich gereizte konfessionelle Stimmung eingetreten. Der Verfasser des Berichts ist bereit seine Angaben öffentlich zu vertreten. Im Übrigen ist ein Antrag auf Umstossung der ganzen Wahl wegen vieler erheblicher Formfehler von dem Wahlvorstande einstimmig eingereicht, und es soll dieser durch Hinzufügung eines Protestes beim Parlament unterstützt werden. Dieser Protest soll gleichfalls den Druck nachweisen, welchen die katholische Geistlichkeit ausgeübt und wie sie dadurch die Wahlfreiheit gehindert hat.

Gassen wir Polen und Westpreußen als ein politisches Ganze, wie es die Polen thun, welche ihren Protest auf beide Provinzen zu ziehen werden, so ist das Verhältniß der polnischen Abgeordneten zu den deutschen 9 + 3 : 6 + 10 = 12 : 16. Die Majorität wäre dabei also immer noch auf deutscher Seite.

Die Polen verlassen mit ihrem Protest entschieden den Boden des Nationalitätsprincips und adoptieren hier das historische Princip, indem sie eine Provinz reklamiren, die seit 100 Jahren in preußischem Besitz und mindestens zu ¾ von deutscher Bevölkerung bewohnt ist. Auf die Motivirung des Protestes darf man mit Recht gespannt sein. Unsere deutschen Abgeordneten werden sich ihm gegenüber vermutlich darauf beschränken, das Zahlenverhältniß der Nationalitäten in den einzelnen Wahlkreisen dazulegen und das staunerregende Verhalten eines Clerus zu illustrieren, der so nahe Gelegenheit hat, Vergleiche zwischen der katholischen Kirche in Preußen und Russland anzustellen und doch einer Agitation Vorschub leistet, die, wenn sie Erfolg hätte, schließlich nach Russland führen würde.

Deutschland.

Preußen. △ Berlin, 20. Februar. Gemäß dem Beschuß der Norddeutschen Regierungen ist bekanntlich die Krone Preußen ermächtigt, den Reichstag zu eröffnen und die Verhandlungen mit demselben zu führen. Der König hat nun zu dem Ende zwei Kommissarien ernannt in der Person des Grafen Bismarck als ersten, und des Herrn v. Savigny als zweiten Kommissiar. Wahrscheinlich werden denselben noch Spezialkommissare für das Militär-, Marine-, Eisenbahnwesen u. s. w. beigeordnet werden. Herr v. Savigny wird, wie ich höre, das Hotel des Staatsministeriums beziehen und werden dort auch die Bureaux für den Bundesrat und die Centralleitung des Bundes errichtet werden. Das Staatsministerium hält heute eine Sitzung, die wohl die Berathungen des Entwurfs der Gründungsrede zum Reichstage zum Gegenstande haben wird.

Die Nachricht einiger Blätter, daß General v. Mantuffel seinen Wohnsitz in Berlin nehmen werde, ist unbegründet; er scheint vielmehr bei seiner ursprünglichen Absicht zu verharren, dauernd nach Merseburg überzufiedeln. — Bei Gelegenheit des Jubiläums, welches heute Leopold von Anhalt feiert, hat der König dem Jubilar den Stern zum Roten Adlerorden verliehen. Der Kultusminister hat ihm persönlich die Insignien des Ordens überreicht und seine Glückwünsche dargebracht. — Das Landeskonsistorium hat bisher zwei Sitzungen, vorgestern und gestern, gehalten; der heutige Tag ist für Kommissionsberathungen bestimmt. Erledigt sind bisher zwei Gegenstände der Tagesordnung: zunächst die Berathung der bestehenden Gesetze, durch welche den Schäfern und deren Knechten das Halten von Vieh verboten ist. Das Kollegium hat bisher zwei Sitzungen, vorgestern und gestern, gehalten; der heutige Tag ist für Kommissionsberathungen bestimmt. Erledigt sind bisher zwei Gegenstände der Tagesordnung: zunächst die Berathung der bestehenden Gesetze, durch welche den Schäfern und deren Knechten das Halten von Vieh verboten ist. Das Kollegium räth das Verbot als nicht mehr zeitgemäß aufzuheben. Als dann ist das schon erwähnte Zusatzgesetz zur Depositalordnung berathen und der Vorschlag zum Beschuß erhoben, daß durch jenes Zusatzgesetz anerkannt werde, daß das auszuleihende Kapital der Depositalkasse auch dann noch Sicherheit habe, wenn es innerhalb des 15 fachen (der Antrag lautete auf nur 12½ fach) Betrages des jährlichen Neinertrages der Eigenschaft des betreffenden Debtors zu stehen komme.

■ Berlin, 20. Febr. Es war aufgefallen, daß mehrere hiesige Blätter erklärt hatten, in den ihnen zugezogenen Exemplaren des "Dresdner Journals" sei der Separatvertrag mit Sachsen nicht zu finden. Jetzt kommt die Lösung des Rätsels: Die Publizirung der Konvention ist vor dem förmlichen Abschluß erfolgt und sollte daher inhibirt werden, doch kam der Befehl, als ein Theil der Exemplare des sächsischen halbmäthlichen Organs schon gedruckt war. Es steht fest, daß man hier über die Veröffentlichung ein wenig verstimmt war. Ob sich Alles so verhält, wie eben mitgetheilt worden, mag dahin gestellt bleiben, jedenfalls hat diese so hier verbreitete Version die Unzufriedenen einigermaßen beruhigt, denn — man hofft, es werde von hier aus doch schließlich nicht so viel nachgegeben werden, als die Sachsen fordern. Inzwischen langen hier

Briefe von preußenfreundlicher Seite aus Sachsen an, welche versichern, die Antipathien der Sachsen gegen Preußen nähmen in demselben Maße zu, als man sich von hier aus nachgiebig zeige und daß, falls die bekannte Konvention zur Wahrheit würde, die preußischen Interessen in Sachsen ernstlich gefährdet wären. Es ist dringend zu wünschen, daß diese Mahnungen nicht unbeachtet bleiben. Vielleicht unterstützen persönliche Wahrnehmungen der Allerhöchsten und höchsten Personen in Dresden diese Behauptungen.

Der Ministerpräsident Graf Bismarck ist in Folge zu grossen Anstrengungen wieder von seinem alten rheumatischen Leid befallen worden, und augensichtlich ist es in Frage gestellt, ob er der Eröffnung des Parlaments am künftigen Sonntag wird beiwohnen können. Man wird sich erinnern, wie es dem Grafen nur mit äußerster Kraftanstrengung möglich war, den Einzugsfeierlichkeiten im September v. J. beizuhören. Sollte Graf Bismarck bei der Parlamentseröffnung nicht anwesend sein, so dürfte hr. v. Savigny berufen sein, seine Stelle zu vertreten. — Auf allen Seiten werden Wahlproteste gegen die Resultate des 12. Febr. vorbereitet. Die Konservativen wollen die Wahl von Moritz Wiggers in der That zu hemmeln versuchen und Ostpreußen scheint in hergebrachter Weise wieder der ergiebigste Boden für Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen gewesen zu sein. — In liberalen Kreisen hier glaubt man mit Bestimmtheit behaupten zu können, daß die Wahlen der Herren v. Forckenbeck und Westen zweifellos seien. Auch werden lebhafte Anstrengungen gemacht, irgendwo die Wahl Löwes zu ermöglichen.

* Berlin, 19. Februar. Sie entstehen sich, daß ich Ihnen vor Kurzem, dem wirklichen Sachverhalt entsprechend, mittheilen konnte, daß das Zustandekommen des revidirten Zoll- und Handelsvertrages mit Österreich nur noch von einer Koncession Frankreichs in Betreff des Vertrages mit Mecklenburg abhänge. Nun wollte die "B. und H. Zeitung" vor einigen Tagen erfahren haben, Frankreich habe auf die Summung, Mecklenburg seiner Verpflichtung hinsichtlich der Weinzölle zu entbinden, erwidert, eine Bollermäßigung auf Wein werde die Einführung französischer Weine kaum vermehren, eine Zollerhöhung dieselbe kaum verringern können; die Frage habe daher für Frankreich kein so eminentes Interesse, daß es sich zu einer solchen Koncession von Bedeutung veranlaßt fühle. Abgesehen davon, daß hierin ein offenscher Widerspruch steht, da aus denselben Gründen, welche für Frankreich die Erhöhung oder Verminderung der Weinzölle gleichgültig sein liefern, doch auch die Verpflichtung Mecklenburgs ein ziemlich indifferentes Ding sein müßte; abgesehen davon sind auch jene Gründe, sie mögen nun wirklich von der französischen Regierung aufgestellt oder von einem Korrespondenten der genannten Zeitung ausgeschüttet worden, trug keiner die Sicherheit des Gelingens so hoffnungsvoll in sich, wie der gegenwärtige. Alles ist reiflich und umsichtig vorbereitet, um das Werk unter Zustimmung der Volksvertretung unmittelbar ins Leben zu führen.

Die Einführung unter den Fürsten und freien Städten ist vollständig erreicht, indem auf allen Seiten der gleichmäßige Entschluß vorhanden war, welches das Interess und Bedürfnis des deutschen Volkes in Wahrheit erfordert, darüber hinaus aber die Selbstständigkeit und Eigenart der einzelnen Staaten zu achten.

Die Einführung betrug nämlich vor diesem Termine, in den Jahren 1860 bis Ende 1864, als noch der Zoll eine Höhe von 6 Thlr. pro Centner Wein in Fässern und 8 Thlr. pro Ctr. in Flaschen hatte durchschnittlich jährlich 179,319 Ctr. in Fässern und 39,590 Ctr. in Flaschen, zusammen 218,909 Ctr., dann in dem ersten Halbjahr 1865: 62,851 Ctr. in Fässern und 17,061 Ctr. in Flaschen, zusammen 79,915 Ctr. Dagegen im zweiten Semester desselben Jahres, also nach Ermäßigung auf 4 Thlr. pro Centner ohne Rücksicht auf das Volumen, 136,080 Ctr. in Fässern und 19,325 Ctr. in Flaschen, zusammen 155,405 Ctr., also fast das Doppelte des im ersten Halbjahr eingeführten Quantums. Entsprechend sind auch noch die Einfüsse aus den drei ersten Quartalen 1866, über welche hinaus die Listen noch nicht abgeschlossen sind. In diesem Zeitraum wurden eingeführt 227,429 Ctr. in Fässern und 34,832 Ctr. in Flaschen, zusammen also 262,281 Ctr. Es ist darnach sicher anzunehmen, daß eine übermalige Ermäßigung der Zölle eine große Vergünstigung für den französischen Weinmarkt in sich schließen würde.

Der Civiladministrator von Hessen ist durch den Kultusminister angewiesen worden, die Konstitutioen zu Kassel, Marburg und Hanau zur Erstattung von Gutachten aufzufordern über die Errichtung von Presbyterien und Synoden nach Analogie der rheinisch-moskatholischen Kirchenordnung.

Durch eine Verfügung des Handelsministers wird der Besuch der Pariser Ausstellung bedeutend erleichtert werden. Es sind nämlich die königl. Direktionen der Eisenbahnen in den alten Provinzen und die Direktionen in Wiesbaden und in Kassel (für die Lebara-Hanauer Bahn) benachrichtigt worden, daß sie, wenn die Anschlußbahnen eine gleiche Vergünstigung gewähren, auf den bedeutenden Stationen der betreffenden Bahnen Bille 1., 2. und 3. Klasse zur Reise nach Paris und zurück mit 4 Wochen Gültigkeit um den halben Preis auszugeben und auch die Unterbrechung auf einigen Stationen zu gestatten haben.

Wie der "Karlsruher Zeitung" von Wien geschrieben wird, soll zwischen Österreich und Preußen in der Weinzollfrage noch ein Ausweg versucht werden. Österreich würde sich, wie das Blatt hört, eventuell damit zufrieden erklären, wenn die von ihm beanspruchte Ermäßigung auf die Einführung in Lande und in Gefäßen unter einem bestimmten Mindestmaß beschränkt würde. Die französischen Weine werden, nach Lage des Ursprungsortes und Absatzgebietes, selbstverständlich zu weit überwiegenden Theil zur See und in grösseren Gebinden importirt, und sie würden also aus einer in den gedachten Weise limitirten Ermäßigung tatsächlich keinen Nutzen ziehen; Preußen aber hätte den Vortheil, an seinen Zöllen für französische Weine keine Einführung zu erleiden und seinen Zollertrag für österreichische Weine bei der voraussichtlich um weit mehr als das Doppelte zunehmenden Einführung derselben, trotz der auf die gäste vermindernden Zölle, noch festgelegt zu sehen. Dieses Auskunftsmitteilung würde es der preußischen Regierung möglich machen, den österreichischen Forderungen auf die Weinzollermäßigung mindestens annähernd gerecht zu werden, ohne Frankreich gegenüber eine finanzielle Einführung zu erleiden.

* Berlin 20. Februar. In der ersten Sitzung des Kollegiums hat der Minister v. Scholten eine Denkschrift vorgelegt, welche eine Übersicht der staatlichen Maßregeln zur Förderung der Landeskultur in Preußen für 1866 enthält. Die Denkschrift beginnt mit einer Zusammenstellung der bei den Auseinandersezungsbahnen 1865 anhängig gemachten Geschäfte. Die Zahl sämtlicher älteren und neueren Auseinandersetzungen betrug 8792 und zwar 59 Regulirungen, 2841 Ablösungen und 5892 Gemeintheitstheilungen. Rezesse wurden 1914 bestätigt, die Zahl der Prozesse betrug 3400, von denen 205 durch Enttagung, 303 durch Vergleich und 1000 durch rechtskräftige Entscheidung erledigt wurden. Bei den Auseinandersetzungen waren beschäftigt 146 Spezialkommissare und 255 Feldmesser. Daran schließt sich die Zusammenstellung der Resultate der von den Auseinandersetzungs-Behörden bis zum Schluss des Jahres 1865 abgeschlossenen Regulirungen, Ablösungen und Gemeintheitstheilungen. Die Zahl der neu regulirten Eigenthümer betrug 83,288, die Fläche ihrer Grundstücke 5,511,132 Morgen, die Zahl der übrigen Dienst- und Abgabepflichtigen, die abgelöst haben, 1,303,992. Bei den Regulirungen und Ablösung ausgehoben wurden 6,344,669 Span.- und 23,540,331 Handdienstage. Folgende Entschädigungen wurden festgesetzt: an Kapital 38,242,249 Thlr., an Geldrente 5,490,128 Thlr., an Roggenrente 315,591 Scheff., an Weizen, Gerste und Haferrente 10,633 Scheff., an Land 1,646,121 Morgen. Bei den Regulirungen und Gemeintheitstheilungen wurde separiert, resp. von Holz-, Streu-, Hüttungsfürsitten befreit 1,600,510 Besitzer und 58,827,477 Morgen Grundfläche; vermeindet wurden 56,585,732 Morgen.

Der zwischen den Kabinetten von Berlin und Paris stattgehabte Gedankenaustausch über die orientalische Angelegenheit bezieht sich, wie der "Weserzeitung" versichert wird, auf die gegenüber den möglichen Verwicklungen einzuhaltenden leitenden Gedanken und die Notwendigkeit der den christlichen Bevölkerungen ohne Rücksicht auf die absolute Integrität der Türkei zu machen den Zugeständnisse. Bindende Verpflichtungen für ein in Einzelheiten feststehendes Programm hat dagegen Preußen nicht übernommen.

Die Marine-Verwaltung entwickelt auf's Neue eine grosse Thätigkeit, und es werden bei dem Bau neuer Kriegsfahrzeuge die Systeme in Anwendung gebracht, welche sich bisher als die an-

gemessensten bewährt haben. So wird, wie man der "Kölner B.Z." von hier schreibt, die eine der neu gebauten Panzerfregatten als ein Muster in ihrer Art angesehen werden können. In Nordamerika sollen ferner mehrere leichte Aviso's angekauft werden.

— Wie man aus Mecklenburg schreibt, geht in Schwerin das Gerücht, man wolle Wismar zur Bundesstadt, resp. zum Bundeshafen machen.

Sicherem Vernehmen nach sind die Verwaltungsverhältnisse der Herzogthümer Schleswig-Holstein nunmehr bis auf Weiteres definitiv dahin festgestellt worden, daß Freiherr Karl v. Scheel-Plessen mit den Funktionen eines Ober-Präsidenten der alten Provinzen an der Spitze der Verwaltung beider Herzogthümer verbleibt und Freiherr v. Leditz mit den Befugnissen eines königl. Regierungspräsidenten die Amtsgeschäfte der königl. Regierung zu Schleswig leitet. Der Sitz der Regierungsbehörde des Herzogthums Schleswig bleibt die Stadt Schleswig.

Aus dem nördlichen Schleswig verlautet, daß eine Anzahl Prediger dem Könige von Preußen den Eid der Treue verweigerte und bereit sind, ihr Amt niederzulegen.

— Durch den Erlass vom 2. d. M. ist das bisher zur Landgrafschaft Hessen-Homburg gehörige Oberamt Meisenheim im dem Ober-Präsidium der Rheinprovinz, speziell dem Regierungsbezirk Koblenz und die ehemals bayerische Enklave Kaubsdorf bei Saalfeld dem Ober-Präsidium der Provinz Sachsen, speziell der Regierung zur Erfurt zur einstweiliger Administration überwiesen.

— Nach dem "Thorner Wochenblatt" finden im Augenblicke in Berlin Konferenzen statt, welche zum Zweck haben, die beste Art und Weise festzustellen, in welcher das preußische Eisenbahnnetz in eine innigere Verbindung mit dem russischen gebracht werden können.

— Die "Provinzial-Korr." schreibt:

"Der 24. Februar wird ein denkwürdiger Tag in Preußens und Deutschlands Geschichte sein."

Der Reichstag des Norddeutschen Bundes, der die Reichsverfassung mit unserer Regierung berathen soll, ist nunmehr auf nächsten Sonntag, den 24. Februar, nach Berlin berufen und wird von Sr. Majestät dem Könige im Weißen Saale des Schlosses ein Gottesdienst stattfinden, um den Segen des Hochsten zu dem bedeutsamen Werke zu erleben.

Unter allen Versuchen deutscher Einigung, die im Laufe der Seiten gemacht worden, trug keiner die Sicherheit des Gelingens so hoffnungsvoll in sich, wie der gegenwärtige. Alles ist reiflich und umsichtig vorbereitet, um das Werk unter Zustimmung der Volksvertretung unmittelbar ins Leben zu führen.

Die Einigung unter den Fürsten und freien Städten ist vollständig erreicht, indem auf allen Seiten der gleichmäßige Entschluß vorhanden war, welches das Interess und Bedürfnis des deutschen Volkes in Wahrheit erfordert, darüber hinaus aber die Selbstständigkeit und Eigenart der einzelnen Staaten zu achten.

Die gleiche Einheit der Gesichtspunkte und Ziele aber, welche die Regierungen zu raschem Abschluße gelangen ließ, wird unzweifelhaft auch die überwiegende Mehrheit des Reichstages, der so eben von der Bevölkerung Norddeutschlands gewählt ist, erfüllen. Ungeachtet mancher politischer Verschiedenheit im Einzelnen wird doch die weitaus grösste Zahl aller gewählten Abgeordneten in Bezug auf das nationale Bedürfnis und dessen nächste Befriedigung wesentlich eines Sinnes sein.

Die Versammlung, welche am 24. Februar am Throne unsers Königs zusammentritt, ist in ihren Mitgliedern die bedeutendste, die jemals vereinigt war. Alle Parteien waren bestrebt, ihre angesuchten, tugendhaften Männer in diesen Reichstag zu bringen — die Mehrzahl derselben sind zugleich Männer, die im politischen und parlamentarischen Leben bereits Erfahrungen haben, von denen daher zu hoffen ist, daß sie nicht ausfachlos ins Weite schweifen, sondern von vornherein praktische Ziele ins Auge fassen.

So darf denn das deutsche Volk mit Hoffnung auf den 24. Februar schauen, der ein Ausgangspunkt neuen politischen Lebens und frischen Aufschwungs für Deutschland zu werden verspricht."

— Die "Prov.-Corresp." erklärt, die Regierung könne mit dem Ausfall der Wahlen wohl zufrieden sein und schließt ihre Beitrachtungen mit den Worten:

"Die Wahlen in den übrigen Norddeutschen Staaten (61 an der Zahl) lassen sich in ihrer thathaften Bedeutung für die Parteistellung im Reichstage einschweilen noch nicht beurtheilen. Meist haben dort national-liberale Kandidaten den Anhängern der betreffenden Regierungen gegenüber gestanden. Um dieses Gegenseites willen werden die dortigen Regierungskandidaten ohne Weiteres als Particularisten (Verteidiger der Kleinstaaten) bezeichnet. Es ist jedoch mit Bestimmtheit anzunehmen, daß ebenso wie die mit Preußen verbündeten Regierungen bei den Vorberatungen der Norddeutschen Verfassung immer entschiedener ihre volle Hingabe für die große gemeinsame Sache gefunden haben, so auch ihre Anhänger im Reichstage, weit entfernt, das Zustandekommen der Verfassung zu hindern, vielmehr ihre aufrichtige Mitwirkung dazu gewähren werden. Auch von dort darf die preußische Regierung manche tückige Kraft für die Förderung der nationalen Sache erwarten. Alle Begründungen, die auf entgegengesetzten Erwartungen beruhen, dürfen sich als irrig erweisen."

— Am 23. d. M. steht vor dem königl. Obertribunal in der gegen den Abgeordneten Vicepräsidenten v. Kirchmann erhobenen Disziplinaruntersuchung Termin an. Wie die "Sp. B." hört, wird Herr v. Kirchmann seine Vertheidigung persönlich führen.

— Die gerichtliche Belangung des Redakteurs des "Kladde-radatsch", Herrn E. Dohm, in dem vor einigen Tagen von uns berichteten Falle, in welchem der Angeklagte zu acht Tagen Gefängnis wegen Verpotzung von religiösen Lehren der katholischen Kirche verurtheilt ist, soll, wie jetzt verlautet, auf wiederholtes Anhören des Fürstbischofs von Breslau eingeleitet werden, nachdem die hiesigen Behörden zum Einschreiten wegen des betreffenden Artikels sich nicht gedrungen gefühlt hatten.

— Die bei Königsberg belegene, unter dem Direktorat des Herrn Wagner verordnete landwirtschaftliche Akademie Waldau, die zuletzt nur noch einen einzigen Zuhörer hatte, wird vom 1. April d. J. geschlossen und nunmehr zu einem Seminar eingerichtet werden.

— Unter den Bewerbern für den von der Magdeburg-Leipziger Gesellschaft abgelehnten Bau der Sorau-Halleischen Eisenbahn wird auch Dr. Strousberg genannt.

Frankfurt, 19. Februar. Baron Mayer Carl von Rothschild sagt in den hiesigen Blättern heute seinen Wählern seinen Dank für das ihm gezeigte Vertrauen und erklärt, daß, obwohl seine persönlichen Verhältnisse ihn zu dem bestimmten und aufrichtigen Entschluß geführt hatten, ein Mandat zum Parlament abzulehnen, doch "der überwältigende Eindruck eines ebenso großen als nicht erwarteten Zuspruchs" ihn bewogen habe, die Wahl anzunehmen.

Hannover, 18. Februar. Zwei interessante Enthüllungen macht an halbamtlicher Stelle die "N. H. B.Z." indem sie schreibt: Wiederholte ist die Regierung in den letzten Monaten von hiesigen Druckereigeschäften um Verleihung von Druckarbeiten gebeten worden, und zwar gingen die betreffenden Gesuche von Vorlesungen aus, die durchaus irrtümlich waren. Um weiteren unbegründeten Aufstellungen der Sachlage vorzubeugen, zeigen wir dieselbe in Folgendem, so weit nötig, in ihrer wahren Gestalt. Die

Regierung hätte jährlich für ca. 30,000 Thlr. Druckarbeiten zu vergeben, wenn sie nicht durch Verpflichtungen, welche die frühere hannoversche Verwaltung mit zwei hiesigen Druckereien eingegangen, einen sehr beträchtlichen Theil jener Arbeiten letzteren zu überlassen genötigt wäre. Die hierher gehörigen Dokumente sind nicht, wie man gemeint hat, Scheinkontrakte, in der Zeit zwischen dem Abzug des früheren Regiments und der Einverleibung Hannovers in Preußen abgeschlossen, sondern der eine Kontrakt, vom Minister des Innern v. Hammerstein gezeichnet, datirt vom 6. Mai 1863, der andere, vom Regierungsschaffeur Meding kontrahirt und von sämtlichen Mitgliedern des damaligen Gesamtministeriums (Platen-Hallermund, Malortie, v. Hammerstein, Windthorst, Lichtenberg, Erxleben) unterschrieben, vom 21. November desselben Jahres. In jenem sichert die hannoversche Regierung dem betreffenden Buchdrucker (Schlüter, Verleger des Hannoverschen Tageblattes), nach Ablauf von drei Jahren die Übertragung ferner Druckarbeiten zum Preise von jährlich 6000 Thlrn. und auf die Dauer von 15 Jahren zu, abgezehnt von den ihm schon jetzt übertragenen Druckarbeiten von jährlich 2500 Thlrn., welche ihm gleichfalls für jenen Zeitraum verbleiben.

In dem andern Kontrakte verspricht die Regierung, daß dem darin genannten Buchdrucker (Klinworth, Verleger der eingegangenen Deutschen Nordseezeitung) eventuell dessen Erben diejenigen Druckarbeiten, welche ihm in Gemätheit des Rescripts des Ministerii des Innern vom 14. Mai 1858 bislang übertragen gewesen, und mittelst jenes Rescripts bis zum 1. Juli 1866 bereits zugesichert sind, im Betrage von jährl. mindestens 10,000 Thlr. für Sach und Druck, auf eine vom letztedachten Tage an zu berechnende Anzahl von so viel Jahren, als er oder ein Rechtsnachfolger desselben eine in dem Vertrage namhaft gemachte Zeitung "verlegen wird und außerdem wenigstens auf weitere fünf Jahre ferner belassen werden sollen." Die Zeitung ist nach einem Bestehen von 2½ Jahren vor circa 4 Monaten eingegangen; aber nach den angeführten Zusicherungen des Kontrakts müssen dem Betreffenden die genannten Arbeiten noch auf 7 Jahre 9 Monate vom 1. Juli 1866 ab, also bis zum 1. April 1874 zugewandt werden. Ziehen wir die Arbeiten im Betrage von 18,500 Thlr., welche nach den citirten Kontraktklauseln jenen beiden Buchdruckereien für eine Reihe von Jahren gesichert sind, von dem Anfang erwähnten ab, so bleibt zu freier Verfügung nur ein verhältnismäßig geringer Rest, der überdies nicht allein dem Druckgeschäft hiesigen Platzes übergeben werden kann, sondern sich über die ganze Provinz vertheilt. Selbstverständlich ging die frühere Regierung obige Verpflichtungen nicht ohne die Zusage von Gegenleistungen ein. Worin diese bestanden, würde aus dem Angeführten errathen werden, wenn man es nicht wüßte. Regierungsarbeiten wurden als Mittel benutzt, um Gelegenheit zur Einwirkung auf die öffentliche Meinung zu gewinnen, gleichviel wie die allgemeine Gewerbstätigkeit auf diesem Felde dabei wegkam.

— Der frühere Finanzassessor Osann, der wegen seiner bekannten Predigtart-Mystifikation den Staatsdienst quittieren mußte, ist als Vergassektor in Halle angestellt. — Die Kompetenzen für Januar und Februar sind allen früheren hannoverschen Offizieren, welche sich zum Uebertritt gemeldet oder um Pensionierung nach Hannoverschem oder preußischem Tarif nachgesucht haben, ausbezahlt worden. Diejenigen Offiziere, die gar keine Erklärung abgegeben haben, haben ihr Gehalt nur für Januar erhalten. Die Anstellung der hannoverschen Offiziere, welche sich zum Eintritt in die preußische Armee gemeldet haben, wird noch in diesem Monat erfolgen, und ist dabei auf die geäußerten Wünsche grobe Rücksicht genommen worden. Die Offiziere, fast 50 an der Zahl, welche sich um Aufstellung in der sächsischen Armee beworben haben, befinden sich in unangemheimer Lage. Die sächsische Regierung hat Bedenken, eine solche grosse Zahl wegen der Rücksichten auf Preußen aufzunehmen, und die preußische Regierung will namentlich den jungen Offizieren, welche sich noch im dienstpflichtigen Alter befinden, die Erlaubnis, in Sachsen Dienste zu nehmen, nicht gewähren. — Zur Frage der Eidesleistung hat das Landeskonsistorium mit Vornissen des Gouvernements eine Ansprache an alle evangelischen Geistlichen im Hannoverschen gerichtet, in welcher angeführt wird, daß jeder Geistliche mit gutem Gewissen den Huldigungseid leisten könnte und daß sämtliche Mitglieder des Landeskonsistoriums, weltliche wie geistliche, den Eid leisten würden, sobald er von ihnen gefordert werde.

Königsberg, 18. Februar. Der kommandirende General Vogel v. Falckenstein kehrt vor seinem Eintritte ins Norddeutsche Parlament noch einmal hierher zurück. Der Hauptweg der am Freitag angebrachten Reise des Generals nach Berlin ist der gewesen, um dem Könige persönlich seinen Dank für die ihm mit einem höchst schmeichelhaften Handschreiben des Königs überstandene Dotationsabstammung abzustatten. (A. S. B.)

Köln, 18. Februar. Auch der Erzbischof Paulus hat öffentlich Gebete für die katholische Kirche in Polen und Russland angeordnet. (A. S. B.)

Magdeburg, 20. Februar. Der Rechnungs-Abschluß der Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft ist heute Vormittag fertig gestellt worden; danach beträgt die Gesamt-Versicherungs-Summe 1,940,689,426 Thaler, die Gesamt-Prämienneinnahme 4,677,204 Thlr., die zurückgezahlte Prämienreserve 1,468,225 Thlr., die gesammten Brandschäden 2,373,897 Thlr., die Brandschäden-Reserve 312,599 Thlr. Es verblieb schließlich ein Neingewinn von 444,896 Thlrn. und es kommt an die Aktionäre eine Dividende von 78 Thlrn. oder 39 p.C. des Baureinflusses zur Vertheilung. Der Kapital-Reservesfond bleibt unverändert wie bisher 626,022 Thlr.

Magdeburg,

Iation, betreffend die Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofes, dazin, daß der König die Ermächtigung ertheilt habe, den Gegenstand in nähere Erwägung zu ziehen. — Der von der Kammer der Reichsräthe ausgegangene Vermittelungsvorschlag, betreffend den Gesetzentwurf über die Ausgleichung und Vergütung der Kriegsschäden, wurde von der Kammer mit allen gegen 4 Stimmen verworfen.

Sachsen. Dresden, 20. Febr. Gestern Nachmittag drei Uhr, beim schönsten, sonnenhellsten Frühlingswetter, trafen König Wilhelm und der Kronprinz von Preußen hier ein. König Johann war seinen erlauchten Gästen eine Strecke entgegengefahren; am Bahnhofe wurden dieselben von den sächsischen höchsten Herrschäften, den Spitzen der Behörden und des hiesigen preußischen Gouvernementes feierlich empfangen und begrüßt. Der preußische Monarch inspizierte hierauf im Begleitung seines hohen Sohnes die auf dem Bahnhof paradimäßig aufgestellten preußischen Truppen und bestieg sodann eine der bereitstehenden Hofequipagen, die in diesem Moment aus der versammelten höchst eleganten Zuschauermasse mit Blumensträußen wahrhaft überschüttet wurde. Unter dem Zusammenschluß der Menge und den rauschenden Klängen der Militärmusik fuhren hierauf die Majestäten und die sonstigen hohen Herrschäften nebst Gefolge zur Stadt, die seit zwei Uhr in lebhaftester Bewegung war und von den prächtigsten Toiletten wimmelte. Besonders gefüllt war die große Elbbrücke, die Brühlsche Terrasse und der Platz vor dem Schlosse. Der Eindruck, den die beiden derzeitig vornehmsten Mitglieder der preußischen Königsfamilie auf das Publikum machte, war entschieden ein äußerst günstiger. Hoch und militärisch stattlich hervorragend, strohend von Gesundheit, sichern Begehren, frei, offen und leidlich umherblickend, zogen sie in ihren einfachen Uniformen und wehenden Helmblüschen Aller Augen auf sich. Neberall, wo sie erschienen, wehten ihnen weiße Taschentücher entgegen.

Einen Miston in die Einsicht brachte eine Achtlosigkeit der Strafenpolizei, die es ruhig geschehen ließ, daß ein Leichenzug sich gerade in dem Augenblicke über die große Elbbrücke bewegte, in der die königlichen Wagen auf diese einliefen. Wenn hier sonst ein Minister eine Soiree giebt, so versäumt man nicht, Torge zu tragen, daß Strafen zeitweise abgesperrt und der öffentlichen Fahrroute andere Richtungen gegeben werden. Es wäre wohl am Platz gewesen, auf wenigstens zwei Minuten die Frequenz auf der Elbbrücke einzusezen. Könnte es schon nicht von Tatt zeigen, die Wagen der hohen Gäste mit Droschen und Omnibussen karambuliren zu lassen, so war es vollends von jedenfalls beeinträchtigender Wirkung sie durch einen Leichenzug sich hindurch winden zu lassen.

Nach Empfang der hohen Gäste und einer kurzen Erholung derselben in ihren respektiven Gemächern schritt man zur Tafel; dann fuhr man ins Hoftheater, wo ein brillant gefülltes Haus die Majestäten ehrerbietig begrüßte und mit sichtlicher Freude die liebenswürdige Art und Weise bemerkte, in welcher König Johann den Wirth mache, indem er König Wilhelm selbst an den für diesen bestimmten Platz führte und ihm sogar mit eigenen Händen den Stuhl zurecht rückte.

Aus dem Theater kehrten noch vor dessen Beendigung die erlauchten Herrschäften ins Schloß zurück, wo Hofkonzert und Kur war. Heut Vormittag soll eine Revue statfinden, dann Tafel und später wohl auch die Abreise.

Bon Politik dürfte bei diesem Besuch keine Nede sein; es ist ein reiner Höflichkeitssbesuch, der hoffentlich indeß dazu beiträgt, Hof und Land den preußischen Intentionen durch Beseitigung von allerlei albernen Vorurtheilen näher zu bringen.

Ö sterreich.

Wien, 18. Februar. In Pest besteht die Absicht, Alles so einzurichten, daß die Krönung des Königs am 14. April vor sich geht, welcher Tag bekanntlich für die Geschichte Ungarns verhängnisvoll geworden ist, da am 14. April 1849 der in Debreczin versammelte Landtag die Thronentfernung des Hauses Habsburg proklamiert hatte. Sobald der Landtag in Bezug auf die gemeinsamen Angelegenheiten seine Beschlüsse gefaßt hat und die letzteren vom König angenommen sind, wird er bis zum Herbst vertagt werden. Während dieser Zeit würden die Delegationen arbeiten, vorausgesetzt, daß der Reichsrath dieselben acceptirt.

Wien, 18. Februar. Über das Pistolen-Duell im Prater welches vorgestern Vormittag stattfand, wird ziemlich übereinstimmend berichtet, daß dasselbe in unzimlichen Ausdrücken seine Ursache habe, welche Graf Wedell, Flügeladjutant des Königs von Hannover, gegen den Prinzen Bernhard Solms, f. f. Hauptmann in der Artillerie, über das Verhalten des Letzteren während des jüngsten Krieges gebracht habe. Das Duell soll hierauf von dem Prinzen Solms propoziert worden sein. Beide Gegner anprangten gleichzeitig, und hoben fast zur selben Sekunde die Pistole — die Kugel des Grafen Wedell ging dem Prinzen mittler durch die Brust und durchbohrte die Lunge. Ein unmittelbar zusammenberufenes Concilium der Ärzten hat die Wunde für absolut tödtlich erklärt und sich darauf beschränkt, dem Leidenden durch Nachotzieren gegen die heftigen Schmerzen Linderung zu verschaffen. Prinz Solms, ein naher Verwandter des Königs von Hannover, trat schon vor längerer Zeit in die kaiserliche Armee ein, und wurde erst im letzten Kriege als Hauptmann zur Artillerie versetzt. Den italienischen Feldzug von 1859 machte er als Kadett bei den Jägern mit und ward in einer Schlacht verwundet. Die feindliche Kugel ging damals gleichfalls durch die Brust und durchbohrte die Lunge, doch ward der Prinz in einigen Wochen hergestellt. Er war einer der gebildeten, kenntnissreichsten Offiziere der österreichischen Armee, von vielen bekannt, von Allen geachtet, als Mensch wie als Soldat gleich destinguirt. Graf Wedell hat noch vorgestern Wien verlassen.

Wien, 19. Februar. Eine aus Mentone hierher gelangte Nachricht meldet das Ableben des Erzherzogs Stephan, ehemaligen Palatin von Ungarn.

Prag, 18. Februar. Die Gründung des böhmischen Landtags hat heute stattgefunden, und wie immer bisher wurde auch diesmal vom Regierungsrat aus das Interessante geboten. Die ministerielle Postscript, die Graf Rothkirch verlesen und die den Wechsel der Regierungspolitik darzulegen bestimmt ist, nahm die Theilnahme des Hauses am meisten in Anspruch. Beide Parteien zeigten dies äußerlich nicht, indem während der Verlesung des Altenstädts tiefen Stille im Hause herrschte. Die Gründungsrede, die der Oberstlandmarschall, der zur feudal-nationalen Majorität gehört, hielt, mache einen eigenhümlichen Eindruck. Die mit besonderem Nachdruck abgegebene Erklärung, daß Böhmen stets zu Österreich gehöre, hörte sich absonderlich an, da sie so oft schon in diesem Scale wiederholt worden. In welchem Parlament noch sucht man immer und wieder die Theilnahme am Reichsbestand durch solche Phrasen zu beweisen? Läßt sich aus dem Theil der Nede des edlen Grafen ein Schluß ziehen, so ist es der, daß die Czechen den Reichsrath beschicken und das Ausgleichswerk möglichst fördern werden. Nach den erwähnten Reden und Mittheilungen schrift das Haus zur Verifikation der Wahlen, und erledigte auch die des Großgrundbesitzes, ohne den Protesten der verfassungstreuen Partei Gehör zu geben. Die deutsche Linke enthielt sich der Abstimmung.

Großbritannien und Irland.

London, 16. Februar. Dem Parlamente liegen zwei Ge-

zeigentwürfe über die Todesstrafe vor, welche in der bewegten Session des vorigen Jahres nicht zu Ende berathen worden sind. Der eine bestimmt, daß die Hinrichtungen nicht mehr öffentlich, sondern, wie in Preußen, innerhalb des Gefängnisses im Beisein einiger amtlichen Zeugen vollstreckt werden sollen, was schon als ein wesentlicher Fortschritt gegen das bisherige System zu betrachten wäre. Der andere bestimmt die Art der todeswürdigen Verbrechen; diese sind: vorsätzlicher Mord, ferner Mord oder Mithilfe bei einem Mord, der in der Verübung von Raub, Einbruch, Brandstiftung, Nothzucht, bei der Flucht oder der Befreiung eines verurtheilten Mörders begangen worden ist, endlich Ermordung eines in seiner Amtsfüllung begriffenen Angestellten. Auf alle anderen Mordthaten soll mit siebenjähriger bis lebenswürger Zwangsarbeit erkannt werden, wie auch bei Kindermord in gewissen Fällen eine mildere Strafe zulässig sein soll. Die erste Lesung haben die beiden Entwürfe passirt; jedoch nicht ohne den Einwurf, daß es an der Zeit sei, die Todesstrafe ganz abzuschaffen. Die Hauptdebatte pflegt sich bekanntlich an den Antrag auf die zweite Lesung zu knüpfen und wird wohl eine lebhafte werden, da Walpole die fröhliche Vorlage (von Sir G. Grey) nicht unwe sentlich abgeändert hat.

— Die Beziehungen zwischen England und Spanien sind, wie der „International“ berichtet, sehr gepunkt. Lord Stanhope hat dem englischen Gesandten in Madrid eine Note übersandt, welche als ein Ultimatum des St. James-Kabinet in der Tornados-Angelegenheit betrachtet werden kann. Die englische Regierung verlangt außer der sofortigen Infreiheitserlegung der Besatzung des englischen Schiffes, Genugthuung und Zahlung einer großen Geldentschädigung. Man glaubt, daß der englische Gesandte zurückgerufen wird, wenn diesen Forderungen von Seiten Spaniens nicht Genüge geleistet wird.

— Einen schmerzlichen Einblick in das Elend einzelner Theile Londons gewährt eine von der „Englischen Korrespondenz“ mitgetheilte Schilderung, die der Pfarrer des Sprengels St. Matthew's über diesen seinen Bezirk, einen Theil des berüchtigten hauptstädtischen Viertels Bethnal Green, entwirft. Er berichtet:

Auf einem Raum von 400 Schritt Länge und etwa 200 Schritt Breite sind zwischen 6 bis 7000 menschliche Wesen in Armut, Not und Schmutz dicht zusammengehäuft. Hinter zerbrochenen, lumpenverstopften Glascheiben, zwischen schwarzen, schmutzigen, baufälligen Wänden sitzen dort an schweren Webstühlen hagere, ausgehungerte Männer, und siehe, fränkische Kinder hängen im jugendlichsten Alter über mühselige Arbeit gebückt. Es ist hier das Hauptquartier der Seiden-Manufaktur von Spitalfields. Diese Seidenweber sind Abkömmlinge jener Progenyen, die zur Zeit als Verbannte aus ihrem Vaterlande von der Königin Elisabeth die Felder um das Hospital von St. Mary, damals außerhalb der Mauern Londons, zur Niederlassung angewiesen erhielten. Der Ort, jetzt mitten in einem zahlreich bevölkerten Quartier gelegen, trägt heute noch den Namen Spitalfields, und heute noch tragen die Enkel jener Ansiedler die bekannten Namen Verdome, Racine, Lafontaine, Dupin, Blois, Le Beau und Montier und sind, obwohl in Lumpen gehüllt, noch stolz auf die Traditionen ihrer Väter. Von dem Wohlstande jener Zeit und dem kleinen Luxus besserer Verhältnisse ist den jetzigen Bewohnern dieses Ortes nichts als eine traditionelle Liebe für Vögel und Blumen geblieben, die man fast allenthalben, selbst da, wo der Sammel in trauriger Gestalt erscheint, mit Sorgfalt gehegt und gepflegt findet. Obgleich in nächster Nähe dieses Quartiers Raub und Mord und alle Laster ihre Zufluchtsstätte hatten, ist doch die Seidenweber-Kolonie fast ganz frei davon geblieben, und die Hälfte des Geistlichen muß sich hauptsächlich gegen die grenzenlose Armut wenden, die dort herrscht. Ein geschickter Arbeiter, der kostbare Sammet und reiche Seidenstoffe weist, kann bei 12- bis 16stündiger angestrengter Tagesarbeit nur 12 Shilling wöchentlich verdienen, manche bringen es nur auf 7-8 Shilling. Die Frauen sind mit der Anfertigung von Besatz in Sammet, Seide oder Baumwolle beschäftigt und verdienen dabei etwa 4 Shilling. Die übergroße Not hält die Eltern meist ab, ihre Kinder zur Schule zu schicken, und die armen kleinen Geschöpfe sitzen zu Hause mit sogenannter Kinderarbeit beschäftigt, hauptsächlich mit der Fabrikation von Bündholzschachteln, die das Gros mit $\frac{1}{2}$ P. bezahlt werden. Aus diesem armelosen Gelde muß noch der Kleister bestritten werden. Der Berichterstatter fand ein kleines Mädchen von 4 Jahren, das sein Brod so schon seit einem Jahre selbst verdient hatte. Die arme Kleine, die nie ihre dumpfe, enge Gasse verlassen, nie Feld noch grüne Bäume gesehen hatte, trug den baldigen Tod schon auf dem blauen Gesichtchen. Die Sterblichkeit der Kinder in Folge der Überfüllung von Menschen und der unzulänglichen Nahrung und Kleidung ist furchtbarlich. Fast keine Familie in der Pfarre bewohnt mehr als ein Zimmer, für das sie aus dem spärlichen Erwerb der Woche 3-4 Shilling bezahlen muß. Zur Zeit der Cholera hatte keiner der Gemeinden, die in die Hospitäler geschafft wurden, ein zweites Hemde, viele kein einziges. Und doch tragen die Armen ihre schreckliche Armut ohne Klage und verlassen sich auf die eigene Arbeit.

London, 18. Februar. In Eimerit wurden zwei amerikanische Obersten, so wie ein gewisser, schon seit lange verfolgter Murphy, auch ein Head Centre des Fenierbundes, durch die Polizei festgenommen.

London, 20. Februar. Aus Newyork vom 19. d. M. Morgens wird per atlantisches Kabel gemeldet: Das Repräsentantenhaus hat die von dem Senate angenommene Bill Betreffs der Herstellung von provisorischen Militär-Verwaltungen in den 10 Südstaaten verworfen.

Frankreich.

Paris, 17. Febr. Thiers hat ein Schreiben an Walewski gerichtet, in welchem er sich über die mangelhafte Konstruktion der Tribüne beschwert. In Folge dessen sollen Veränderungen derselben vorgenommen und für Thiers eigens ein Tabouret in dieselbe hineingestellt werden.

Italien.

Rom, 14. Februar. Die Auflösung der italienischen Kammer führt eine neue Krise herbei, welche augenscheinlich auf die römischen Verhältnisse nachtheilig einwirken wird. Schon ist man hier ungeduldig. Vor zwei Monaten vernahmen wir Stimmen, welche behaupteten, daß ein provisorischer Zustand künftig aufrecht erhalten Ruhe nicht bis über das kommende Frühjahr hinaus behauptet werden könne. Tausende von Emigranten umlängen die Grenzen des Kirchenstaats (man will sogar 14,000 Römer zählen, welche im Exil leben sollen); sie begehren die Rückkehr. Die französische Regierung hat sich durch den Grafen Sarfiges öfters bemüht, den Papst zur Rückberufung dieser Emigranten zu bewegen; aber man hat sich zu diesem Alt der Grobmuth in Rom nicht entschließen können; und was würde die römische Regierung in den Augen der Welt mehr erheben können, als der freiwillige Entschluß der Amnestie? Mit ihr hätte sich einst Pius IX. bei seiner Thronbesteigung das gesamme Volk und ganz Italien gewonnen. Es heißt nun, daß der König Victor Emanuel einen eigenhändigen Brief an den Papst gerichtet habe, um ihn dazu zu bewegen. Zugleich hören wir, daß große Scharen von römischen Emigranten, doch ohne Waffen, die Grenze überschritten haben.

Vorgestern wurden deshalb drei Kompanien nach Laguiona von Biterbo aus abgeschickt, der Chef der Truppen soll gemeldet haben, daß seine Kraft nicht ausreiche, die Menge der eingedrungenen zurückzuwerben. Man fürchte außerdem das Erscheinen garibaldischer Banden in Toscana. In Folge der Petardenschießen, womit die Massen in der Nacht des 10. Februar ganz Rom aus dem Schlafe schreckten, haben vielfache Haussuchungen und Arrestationen stattgefunden. Diese scheinen überhaupt an der Tagesordnung zu sein. Das geheime Journal des Nationalkomites registriert sie als eine Art von Diarium des päpstlichen Regiments. Aber so wachsam und gründt auch die römische Polizei ist, so ist es ihr doch bis auf den heutigen Tag nicht gelungen, die Mitglieder der Sekte und ihre Zusammenkünfte, oder die Lokale aufzufinden, wo die Manifeste und Flugblätter gedruckt werden. Unterdessen verstärkt man die Armee. Vor Kurzem sind wieder 400 frische Bauern von Marseille her ange-

langt. Im Falle einer Erhebung der Provinzen würde man diese, so scheint es, Preis geben, um alle Streitkräfte allein auf Rom konzentrieren.

— Die Tonello'sche Mission in Rom ist zu Ende. Die Kurie hat sich das freundliche Anerbieten des Florentiner Kabinetts gefallen lassen, das Exequatur und das Placet abzuschaffen und die ledigen Bischofsstühle in Italien wieder zu besetzen; im Nebrigen aber ist diese Sendung durchaus fruchtlos verlaufen. Die Kurie kennt kein Königreich Italien; die Kardinäle kennen nur „Diebe und Räuber.“ Bei den bevorstehenden Wahlen wird es sich zeigen, was der Episkopat vermögt und ob der Clerus auf dem Lande auch so anti-national gestimmt ist, wie die Kurie.

Spanien.

— Aus Paris wird der „Kölner Ztg.“ geschrieben: „König Franz, der Gemahl der Königin von Spanien, ist nun doch noch verbannt worden, und zwar, „weil er mit dem Plane umging, seine Gemahlin vom Throne zu stoßen und seine Regentschaft zu proklamiren.“ Er stützte sich dabei auf Dokumente, die für die Königin sehr kompromittierend sind und in deren Besitz er sich trotz aller Mühe, die man sich gegeben, um sie zu erlangen, noch immer befinden soll. Olozaga und Prim sind jetzt ganz ausgesöhnt. Man erwartet in der nächsten Zeit die ernstesten Ereignisse.“

Rußland und Polen.

Petersburg, 16. Februar. Der hier erscheinende „Courrier Russ“ meint, die Haupt Schwierigkeit der orientalischen Frage liege darin, daß man nicht wisse, was aus Konstantinopel werden solle, da keine Macht der anderen den Besitz dieser Stadt gönne. Dem sei aber leicht abzuhelfen; man brauche Konstantinopel nur nur zur „freien Stadt“ à la Hamburg, Lübeck und Bremen zu erklären.

— Die Einführung des Gregorianischen Kalenders für die russischen Staaten wird jetzt wieder in ernstere Beratung gezogen. Die Sache ist gar nicht so leicht, wie es scheint, denn die orthodoxe Geistlichkeit sagt: „Den Gregorianischen Kalender einführen, heißt, den Papst anerkennen, und diesen anerkennen, heißt, die heilige Mutter, die russische Kirche, mit Steinen werfen.“ Diese Meinung spult in vielen Regionen, und die Reform dürfte sich wohl noch sehr verzögern.

— Aus Polen, 14. Februar. Die Beamten polnischer Abkunft, welche man beim Beginn der Neorganisation der Justiz- und Verwaltungsbehörden noch in ihrer Stellung beließ, weil russische Aspiranten noch nicht in ausreichender Anzahl vorhanden waren, werden jetzt allmälig entfernt und einzelne Bureaus in Kasch, Konin, Lęczyce und andern Kreisstädten sind fast gänzlich mit Russen besetzt. Um Gründe zur Entfernung der betreffenden Beamten ist man nicht in Verlegenheit. Man hat die Chefs der einzelnen Bureaus ermächtigt, die ihnen unterstehen Beamten ohne große Vorkehrungen zur Entlassung vorzustellen oder auch selbst ohne Weiteres zu entlassen, wenn sie Gründe dazu zu haben glauben. Dies Manövre ist ganz geeignet, die polnische Sprache aus dem amtlichen Geschäftsverkehr nach und nach zu verdrängen und die russische als alleinige Geschäftssprache einzuführen. — In Warschau ist man hierin schon weiter, als in der Provinz. Die Bürgermeister (Präsidenten) in den Städten sollen fünfzig lediglich Meisterungsbeamte sein und die Stellen je nach ihrem Einkommen mit Offizieren niederen oder höheren Ranges besetzt werden. Die auf Veranlassung ihrer Chefs entlassenen Beamten erhalten ihr bis dahin bezogenes Einkommen auf ein Jahr ausgezahlt und werden angewiesen, sich um eine andere Stelle zu bewerben. Vorher müssen sie eine Duitung aufstellen und darin sagen, daß sie an den Staat keinerlei Ansprüche haben oder jemals geltend machen wollen.

— Aus Narwa, 15. Februar. Die hiesige Garnison wird uns zum April verlassen und nur ein Bataillon aus Revel hier einrücken. Wohin unsere jetzige Besatzung gehen wird, weiß hier Niemand; man vermuthet aber, daß sie nach den Prutebenen ziehen wird, wohin auch andere Truppenabtheilungen bereits Weisungen erhalten haben.

Die hiesigen Stieglitz'schen Fabriken haben bedeutende Aufträge auf Lieferungen von Segeltuch nach England übernommen; auch auf Hanf und Theer sind von dort große Bestellungen bei hiesigen Häusern gemacht worden.

Für die Unterstützungs komite's der Kandidaten sind die Sammlungen in unsrer Provinzen nur spärlich ausgefallen und haben sich meist nur Russen daran beteiligt, die sonst bei Gelegenheiten, wo zur Unterstützung für Deutsche und Protestanten hier gesammelt wird, sich fern zu halten pflegen.

In einem kleinen Gehöld, umweit der Küste bei Polangen, wurde auf Veranlassung einer von Wilna aus eingelaufenen Denunciation am 7. d. Mts. an einer bezeichneten Stelle eine Nachgräbung ange stellt und eine neue, mit M. B. Wilna bezeichnete Kiste gefunden, in der eine Quantität Munition, verschiedene Waffen und eine bedeutende Anzahl Blanquets zu Bons von ein bis hundert Rubel enthalten waren. Die Bons, in Brüssel lithographiert, lauteten auf die litauische Nationalbank, waren ordentlich nummerirt, es fehlten nur noch die Unterschriften. Die Sendung war jedenfalls zur Beförderung nach Litthauen bestimmt und ist wahrscheinlich im Sommer 1863 dort vergraben worden. Einige Rechnungen, die in den Packeten sich befanden und über gefälschte Lithographien lauten, sind von Brüssel und aus den Monaten Februar und März 1863 datirt.

Türkei.

— Aus einer „glaubwürdigen Quelle“ geht der „Destr. Korr.“ die Nachricht zu, daß nach, an die Wiener türkische Gesellschaft eingelangten Depeschen der offene Bruch zwischen der Pforte und Serbien ein nahe bevorstehender ist. Derselben schreibt man ferner über diese Angelegenheit aus Konstantinopel:

„Bekanntlich hat die Pforte bereits einmal das Verlangen Serbiens wegen Räumung der Festung Belgrad abgelehnt. Hierauf schickte die serbische Regierung sofort eine Note nach Konstantinopel, worin sie ihre früher gefestigte „Durchreise“ wiederholte. Heute (14.) nun ist der zweite bezüglich der Räumung Belgrads abschlägige Bescheid angelangt, und in Folge dessen sieht man hier mit Bangen die Zukunft entgegen, da man allgemein schon in den nächsten Tagen einen offenen Bruch erwartet. Man nimmt es hier als unzweckhaft an, daß die Grokmäthe nicht intervenieren werden, und hofft, wenn er einmal das Zeichen dazu gegeben wird, auf eine allgemeine Schilderung der Balkanhalbinsel.“

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 10. Februar. Fürst Karl wird morgen Abend in Begleitung seines jüngsten Bruders, des Prinzen Friedrich, hier-

her zurückkehren, nachdem er heute Abend noch einem Ball in Plojisch beigebracht hat, zu welchem die Municipalität dieser Stadt großartige Vorbereitungen traf. Im Allgemeinen ist der Fürst, wie aus Privatbriefen zu erkennen, mit seiner Reise in die Moldau nicht besonders zufrieden. Er hatte vielfach Gelegenheit, sich zu überzeugen, daß die Anordnungen der Bukarester Regierung in den Distrikten jenseit des Mîkvor von den Behörden keineswegs mit Eifer und Präzision ausgeführt werden; auch ein ärgerlicher Auftritt auf einer vom Fürsten abgehaltenen Revue, bei welcher der Oberst Coracesco und sein Oberstleutnant sich vor den Augen ihres Kriegsherrn gegenseitig mit dem Säbel traktirten, hat dazu beigebracht, den Fürsten zu verstimmen. Außerdem aber tritt es in der Moldau mehr als in Bukarest zu Tage, daß zu Gunsten der russischen Intrigen und der noch immer stattfindenden Wühlerie der Partei des Exfürsten Rusa jede Gelegenheit ergriffen wird, um bei der Bevölkerung Misströmung und Unzufriedenheit mit der neuen Regierung hervorzurufen.

Amerika.

Mexiko. — Die von Maximilian berufene Konferenz von Notabeln hielt am 14. Januar ihre Sitzung. Sie bestand aus 35 Personen mit Einbezug der kaiserlichen Minister, des Marshalls Bazaine, des Generals Marquez, des Erzbischofs von Mexiko und einer Anzahl von etwa 20 Kapitalisten und Eigentümern. Zehn Mitglieder der Versammlung haben sich für Abdankung, 25 gegen dieselbe ausgesprochen. Der Kaiser erklärte, daß es an seiner Hingabe für Mexiko nicht fehlen solle, wenn man ihn gehörig unterstützen würde. — Marshall Bazaine hat, wie dessen Organ, die „Estatette“ errathen läßt, schon in den ersten Tagen des Januar mit Porfirio Diaz, dem Sieger von Oaxaca, Unterhandlungen angeknüpft, deren Zweck war, letzterem bei dem Abzuge der Franzosen die Hauptstadt Mexiko zu übergeben und die französische Kolonie seiner Obhut anzuertrauen. Die „Estatette“ führt am 6. Januar in einem Artikel die Nothwendigkeit eines solchen Schrittes aus, durch welchen Bazaine eine im Namen des Landes fest organisierte Regierung hinter sich zurücklässt, im Falle das Kaiserreich zu keiner Tertigkeit gelangen sollte. Der Marshall Bazaine, sowie auch die belgischen und die österreichischen Corps schicken sich an, sich gegen Ende Januar nach Veracruz zur Heimreise zu begeben. Nach dem „Kourier des Etats Unis“, 6. Februar, marschiert Juarez mit großer Geschwindigkeit auf Mexiko los, macht jedoch in jeder Provinzial-Hauptstadt drei Tage Rast. Kürzlich war er in Zafatecas. Es bestätigt sich, daß Ortega gefangen ist. — Die Kapitalisten von Mexiko haben eine Zwangssteuer von 1½ Millionen Pfaster entrichten müssen. Mehrere mexikanische Bischöfe schicken sich an, mit den Franzosen wegzugehen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 21. Februar. Bei der gestern vollzogenen Wahl eines Stadtverordneten ist der Tischlermeister Gerstel mit 30 Stimmen über die absolute Majorität gewählt worden.

— Mit dem heutigen Frühzuge traf Hr. Landrat v. Madai, aus Kosten, zur Zeit Civilkommissarius in Frankfurt a. M., hier ein.

— [Feuer.] Heute Morgen gegen 2 Uhr brach in der Malzdörre des Herrn Braueigners Riemann am Sapechplatz Feuer aus. Dasselbe griff mit solcher Schnelligkeit um sich, daß das große dreistöckige Gebäude in drei Stunden von unten bis oben vollständig ausgebrannt war und nur die nackten Mauern stehen geblieben sind. Wie wir hören, sind 1600 Scheffel Malz, 600 Scheffel Gerste und eine beträchtliche Menge Hopfen ein Raub der Flammen geworden. Durch die rechtzeitig auf der Brandstelle angelangte Löschhülfe wurde das Feuer auf seinen Heero beschränkt, so daß selbst das dicht an das Dörrgebäude anstoßende, aber durch eine Brandmauer getrennte Brauhaus unversehrt blieb. Das Feuer soll dadurch entstanden sein, daß die Dörre zu stark geheizt wurde, in Folge dessen die Zugröhren geplatzt sind. Der diefer Fahrlässigkeit beschuldigte Brauenghülfe ist angeblich zum Polizei-Gewahrsam gebracht worden.

— Kratoschin, 19. Februar. Die am 13. d. M. stattgefunden öffentliche Sitzung der hiesigen Stadtverordnetenversammlung begann mit einer Debatte bezüglich des Baus der projektierten Gasanstalt. Da ein Bescheid der königl. Regierung auf ein bereits im November vorigen Jahres überreichtes Gesuch behufs Auswirkung eines Privilegii zur Ausgabe von Stadtbölligationen noch nicht eingegangen ist, wurde, obwohl sich die renommierte

Firma von Kulwitz in Sorau bereit erklärt hat, auch für den Fall, daß die Kommune vorläufig die erforderlichen Gelder noch nicht flüssig machen kann, den Bau in Angriff zu nehmen, eine Deputation erwähnt, welche wegen dieser Angelegenheit bei der königl. Regierung persönlich vorstellig werden soll und die Vollmacht hat event. die nötigen Verbindungen behufs Aufbringung der erforderlichen Kapitalien anzuknüpfen. Hoffentlich wird hierdurch diese brennende (oder vielmehr zu Zeit leider noch nicht brennende) Frage ihrer endlichen Erledigung etwas näher gerückt, wosfern wir nicht auch in diesem Jahre der Vortheile des längstersehnten und vielversprochenen Unternehmens wiederum verlustig gehen sollen. — Der zweite Gegenstand der Tagesordnung war unsre höchste Lüderherrsche. Die Versammlung trat dem Beschuß des Magistrats bei, die an der Anstalt fungirende Lehrerin auf ihr Gesuch zu pensionieren, genehmigt ist in ihre Stelle Fräulein Hohnhorst. Demnächst wurde behufs Aenderung des Schulregulatums für die höhere Lüderherrsche, da die Befreiung der Freifellen bisher zu Meinungsverschiedenheiten seitens des Magistrats und der Stadtverordneten Anlaß gab, der Magistrat ersucht, die Beschuß der Stadtverordnetenversammlung der Schulteams zur Beratung zu überreichen. Hierauf folgte in geheimer Sitzung eine Beratung über die Bedingungen für die im laufenden Jahre vorzunehmende Wahl eines Bürgermeisters. Da dieselbe bis zum 1. Juli erfolgt sein muß, so ist zu wünschen, daß der betreffende Beschuß der königl. Regierung rechtzeitig zur Genehmigung zugehe. Schon vor einigen Tagen hatte über denselben Gegenstand eine vertrauliche Besprechung stattgefunden, in welcher der Vorstehende ohne Widerspruch zu finden die Nothwendigkeit der Scheinhaltung der gesplogen Verhandlungen betonte. Da trotzdem aus jener vertraulichen Besprechung Mitteilungen in das Publikum gelangt sind, so erbaut sich ein Stadtverordneter vor Erledigung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung das Wort, um das Ungehörige einer derartigen Indiskretion zu rügen.

Szawicz, 18. Februar. [Nordstern; Turnen.] Die Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft „Nordstern“ zu Berlin hat auch in diesem Kreise ihre Thätigkeit begonnen, und zu ihrem Hauptagenten den Rector Cohn hier selbst ernannt.

Das am verflossenen Mittwoch in der hiesigen städtischen Turnhalle von Seiten unserer Realschule veranstaltete Schauturnen erfreute sich mit Recht einer sehr regen Beteiligung unserer Einwohner, die dadurch bekundet haben, daß ihnen neben der Pflege des Geistes der Jugend auch ihres körperlichen Wohlergehens am Herzen liege. Eröffnet wurden die gymnastischen Übungen durch eine Ansprache des Direktors der Anstalt, welcher darin sein Bedauern aussprach, daß der enge Raum nicht die Beteiligung aller Turner der Realschule gestatte. Er hob hervor, daß aber die Leistungen der erschienenen Böblinge den Beweis dafür liefern, daß der turnerische Geist in der von ihm geleiteten Anstalt gepflegt wird, zum Wohle der ihm anvertrauten Jugend, aber auch zum Wohle des Vaterlandes, das derselbe aus den Reihen der Turner seine kräftigsten Vertheidiger zählen würde. Hierauf erfolgte der Gesang eines bezüglichen Liedes von Seiten der Turner. Die von denselben ausgeführten Übungen haben nicht nur den Beweis geliefert, zu welcher Gewandtheit und Stärke eine naturnahe Anstrengung der Muskeln führt, sondern daß auch diese Gewandtheit und Stärke in mehr oder minder hohem Grade, je nach Verschiedenheit der Konstitution und des Alters bei sämtlichen Turnern erzielt werden ist. Herr Lehrer Jordan, der den Turnunterricht leitet, verdient das vollste Lob, indem er in seiner Disciplin anregend gewirkt und Akuratesse und Elastizität in alle Exerzitien seiner Böblinge hineingelegt verstanden hat. Übungen an den Geräthen beendeten das Turnfest, das sicherlich zur Würdigung des Turnens mehr als alle Worte beigetragen hat.

Bromberg. — In Stelle des nach Hannover versegten Geh. Oberregierungsrath Manbach ist nach der „Bromb.“ 3. der Regierungsrath v. Mutius zum Voritzenden der K. Ostbahn ernannt worden.

Barcin, 17. Februar. Gestern versammelten sich hier im Hotel des Herrn Rybilinski eine Anzahl landwirtschaftlicher Beamten behufs Gründung eines Vereins zur Unterstützung brotloser und solcher Beamten, die nicht mehr im Stande sind, ihrem Berufe zu leben. Der Inspector Milde aus Bielany hielt eine Ansprache an die Versammlung und wurde einstimmig zum Voritzenden gewählt. (Bromb. Stg.)

Landwirtschaftliches.

Versuche über die Verdaulichkeit von Körnerfrüchten bei Viehherden. R. fütterte drei Kühe mit Körnern, die eine erhielt pro Tag eine Kanne Gerste, die andere eine Kanne Roggen und die dritte eine Kanne Hafer. Die Menge der mit den Extremen unverdaut abgegangenen Körner betrug bei der Gerste 28 Loth, beim Roggen 27 Loth und beim Hafer 19 Loth. Der vorgenommenen chemischen Analyse aufzufolge hatten sie zwar einen Theil ihres Nahrungsgehalts verloren, doch läßt sich trotzdem der Betrag des nicht ausgezehrten Körnes auf ¼ des verabreichten Quantums berechnen. Eine Kanne Gerste wiegt etwa 2 Pfund 28 Loth.

Nach den Ver suchen von Lehmann auf der Versuchsstation Weidlig betrug bei einem 14, 8 und 6 Monate alten Kalbe der Abgang an Gerste 48, 2%, 44, 6%, 39, 9%, und am Hafer 19, 6%, 8, 0% und 6, 5% beide ohne Häufsel verfuttert; dagegen in Verfütterung mit Häufsel, an Gerste 37, 6%, 21, 4% und 13, 4% und am Hafer 7, 2%, 7, 1% und 4, 5%. Bei Verfütterung von gequälter Gerste wurde keine Kornabfall im Kotthe vorgefunden. Bei den Hülsenfrüchten ist meines Wissens, sagt Gaubner, der Abgang in gleicher Weise noch nicht festgestellt. So viel aber steht fest, daß alle festen und harischaligen Samen (Bohnen, Leinamen) ebenfalls zu einem großen Theile unverdaut abgehen; nur bei den Erbsen, die schneller quellen und zerfallen, dürfte der Abgang geringer sein.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Die diesjährige ordentliche Generalversammlung der Meistbeteiligten der Preußischen Bank wird auf Mittwoch und den 27. März dieses Jahres Nachmittags 5½ Uhr hierdurch einberufen, um für das Jahr 1866 den Verwaltungsbericht und den Jahres-Abschluß nebst der Nachricht über die Dividende zu empfangen und die für den Central-Ausschuß nöthigen Wahlen vorzunehmen. (Bank-Ordnung vom 5. Oktober 1846. §§ 62, 65, 67, 68, 97. und Gesetzmömlung 1857. Seite 240.)

Die Versammlung findet im hiesigen Bankgebäude statt. Die Meistbeteiligten werden zu derselben durch besondere, der Post zu übergebende Anschreiben eingeladen.

Berlin, den 18. Februar 1867.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

Chef der Preußischen Bank.

Graf von Itzenplitz.

Bakante Lehrerstelle.

Die vakante erste evangelische Lehrer-, Kantor- und Organisten-Stelle hier selbst, mit einem jährlichen Einkommen von 280 Thlr. soll baldigst besetzt werden. Bewerbungsgefüge sind uns bis zum 8. März er. mit den Bezeugnissen über Befähigung, bisherige Leistungen und Führung nebst curriculum vitae einzufinden. Bei persönlichem Vorstellung auf diesseitiges Verlangen, werden Reisetosten erstattet.

Gollancz, den 19. Februar 1867.

Der Magistrat.

Handels-Register.

Der Kaufmann Jacob Hirschberg zu Posen ist in das in Posen unter der Firma Mo-

riz S. Auerbach bestehende und in unserm Firmen-Register unter Nr. 31. eingetragene Handelsgesellschaft des Kaufmanns Moriz Salomon Auerbach zu Posen als Handelsgefächer eingetreten.

Demzufolge ist die Firma im Firmen-Register und die für diese Handlung dem Siegmund Sachs zu Posen ertheilte Prokura in unserem Prokuren-Register unter Nr. 33. gefügt, dagegen in unserm Gesellschafts-Register unter Nr. 105. der Kaufmann Moriz Salomon Auerbach zu Posen als Gesellschafter der in Posen unter der gleichnamigen Firma Moriz S. Auerbach am 15. d. M. errichteten offenen Handelsgesellschaft, so wie die von derselben für ihre gedachte Handlung dem Siegmund Sachs zu Posen ertheilte Prokura in unser Prokuren-Register unter Nr. 96. am 16. d. M. eingetragen.

Posen, den 15. Februar 1867.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

Handels-Register.

In unser Firmenregister ist unter Nr. 920. die Firma S. Arendt zu Posen und als deren Inhaber der Kaufmann Stanislaus Arendt dasselb. heute eingetragen.

Posen, den 14. Februar 1867.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Das zu Nogasen sub Nr. 366. am neuen Markt belegene, zum Nachlaß der Witwe Amalie Schramm gehörige Grundstück, womit eine Bärberei verbunden, und welches auf 5304 Thlr. 22 Sgr. 2 Pf. abgeschäfft ist, soll unter den in unserem Bureau II. einzuhenden Bedingungen

am 8. März 1867

Wormittags 11 Uhr
an der Gerichtsstelle im Wege der freiwilligen Subhastation verkauft werden.

Nogasen, den 9. Januar 1867.

Königliches Kreisgericht.

II. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Das zum Nachlaß der Eleonore, verwitweten Jaskiewicz, geborenen Jakimowicz gehörige, hier unter Nr. 447. belegene Grundstück, abgeschäfft auf 1576 Thlr. 8 Sgr. 9 Pf. soll

am 11. April d. J.

Wormittags 11 Uhr
im Wege der freiwilligen Subhastation verkauft werden.

Hypothekenchein, Lage und Bedingungen können bei uns im Bureau II. eingesehen werden.

Gnesen, den 8. Februar 1867.

Königliches Kreisgericht.

II. Abtheilung.

Es sollen folgende

Bauten auf dem Ober-Förster-Etablissement Bolewice in dem auf Donnerstag den 7. März c. früh 10 Uhr hier anberaumten Termine an den Mindestfordernden zur Ausführung ausgegeben werden:

- 1) die Erneuerung eines Staketens-Baunes, veranschlagt incl. Holz auf 126 Thlr.
- 2) die Neudeckung des Wagenschuppens mit Ziegeln, veranschlagt incl. Holz auf 91 Thlr.
- 3) die Umdeckung der Ziegelbächer auf der Scheune und dem Federichstalle, so wie die Erneuerung der Scheunentonne, veranschlagt auf 64 Thlr.

Die gefundenen Resultate, deren die Hoff'schen Malz-Heil-Nahrungsmittel sich erfreuen, sind eine Folge gründlicher ärztlicher Untersuchung und deshalb nehmen diese Fabrikate auch einen so würdigen Platz ein.

Das Hoff'sche Malzgekraut-Gesundheitsbier und die Hoff'sche Malz-Gesundheitschokolade haben gewissermaßen die Feuerprobe ihres Werthes bestanden. Viele Schmerzen, welche die Jahre 1864 und 1866 den Kriegern gebracht wurden durch die Herren Aerzte der Krankenanstalten sehr oft mittels Anwendung der genannten Hoff'schen Malzheilmährungsmittel gestillt. Hören wir wiederum einige Urtheile über Werth und Wirkung derselben in folgenden Büchern.

Torgau, 30. September 1866.

Ew. Wohlgeb. ersucht ergebenst, mir 84 Flaschen Ihres so berühmten und bewährten Malzgekrautes zu überlassen. Einige Kameraden und ich, von den Strapazen des Feldzuges angegriffen, wünschen unsrer körperlichen Wohlergegen durch Ihren stärkenden Trank wieder herzustellen ic. **Antonius**, Lieut.

Berlin, 28. September 1866.

„Da mir Ihr vortreffliches Malzgekraut-Gesundheitsbier auf meinen äußerst geschwächten Körper und bei meinem schon seit einem halben Jahre währenden Bruststarrh auszeichnete Dienste geleistet hat, so bitte ich um neue Sendung. **Batory**, Post-Expedient, Bartelsr. Nr. 12., Part. lins.

Diesen Urtheilen schließt sich das Dokument des Herrn Dr. Weinshenk, des königl. Oberarztes des Invalidenhauses zu Stolp, vom 6. November c. an. Dieser eben so berühmt wie durch sein sehr weitverbreitetes glückliche Kuren ausgewiesene und beliebte Arzt, der die Hoff'schen Malzfabrikate vielfach seinen Patienten verordnet, spricht sich über die letzteren folgendermaßen aus: „Der Malzzuher und die Malzbombons haben sich bei katarrhalischen Brust- und Halskrankheiten vorzüglich bewährt, das Chokoladenpulver habe ich sowohl bei Säuglingen, denen es an mütterlicher Nahrung fehlt, als auch bei älteren Kindern, welche an Getreide-Draisen-Schwindfucht in Folge schlechter Ernährung litt, mit vorzüglichem Erfolge angewendet; die Malzchokolade hat bei entfiebernden Personen, namentlich bei mehreren alten Invaliden, welche durch Brechdurchfall sehr entkräftet waren, die Kräfte in unerwarteter Zeit vollkommen gestellt.“ **Weinschenk**, königlicher Oberarzt.

Von den weltberühmten patentierten und von Kaisern und Königen anerkannten Johann Hoff'schen Malzfabrikaten: Malz-Extrakt-Gesundheitsbier, Malz-Gesundheits-Chokolade, Malz-Gesundheits-Chokoladen-Pulver, Brummalz-Zucker, Brummalz-Boubons, Bademalz re. halten sieben Lager in Posen die Herren **Gebr. Plessner**, Markt 91., und **Hermann Dietz**, Wilhelmstraße 26.; in Wongrowitz Herr **Th. Wohlgemuth**; in Neutomysl Herr **Ernst Tepper**.

Angelommene Fremde

vom 21. Februar.

MYLIUS HOTEL DE DRESDEN. Die Kaufleute Gnadenfeld aus Breslau, Liebenthal, Brünn und Goldmann aus Berlin, Rosenthal aus Bromberg, Lewy aus Nowraclaw und Roth aus Crefeld, Eisenhüttenbesitzer Glöckner aus Tschirndorf, königl. Civil-Kommissar v. Madai aus Frankfurt a. M., Rittergutsbesitzer v. Treslow aus Wierzonka.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Der Rittergutsbesitzer v. Osiezing aus Posen, v. Geromski aus Breslau, v. Forster aus Merklenburg und v. Uruh aus Matpin, Beamter Mittelwest aus Warschau, Kammergerichts-Assessor Hünziger aus Danzig, Kollegienrat Bogdanow aus Moskau, Architekt Canian aus Königsberg, Gutsbesitzer v

**Vaterländische
Feuer-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft
in Eschersfeld.**

Die Gesellschaft schließt nach wie vor gegen mäßige und feste Prämien
Versicherungen gegen Feuergefahr.

Jede nähere Auskunft wird gern und unentgeltlich ertheilt und werden An-
träge entgegengenommen durch den unterzeichneten Haupt-Agenten

Eduard Mamroth,

Bureau: Friedrichstr. 20,
A. Wittkowski, Schulstr. 12,

Carl Neydecker, Wilhelmstr. 18.,

Gladbacher

Feuer-Versicherungs-Gesellschaft.

Grundkapital Thlr. 3,000,000.

Die Gesellschaft übernimmt Versicherungen gegen Feuergefahr und Blitzschlag auf bewegliche und unbewegliche Gegenstände jeder Art; auch vergütet sie den durch Explosion der Dampfkessel, so wie des Leuchtgases ohne Brand verursachten Schaden und zwar den der Gasexplosion an Wohnhäusern ohne besondere Vergütung.

Bei Gebäude-Versicherungen wird den Hypothekengläubigern vollständige Sicherheit gewährt.

Jede Auskunft ertheilen bereitwilligst

Concipient A. Fromm, Gebr. Tobias,

Wallischei Nr. 3.,

Special-Agent.

Markt Nr. 58.,

Haupt-Agenten.

NB. Personen, die Bekanntschaft besitzen, werden unter den vortheilhaftesten Bedingungen als Agenten angestellt.

Die für das Jahr 1866 festgesetzte Dividende von 78 Thalern pro Aktie kann gegen Auszahlung der von den Aktionären, welche am 31. Dezember 1866 in unseren Büchern als Eigentümer der Aktie eingetragen sind, quittirten Dividendenscheine pro 1866 vom 22. Februar c. ab, an unserer Hauptkasse, im Gesellschaftshause, Breite Weg Nr. 7. und 8. hier, in Empfang genommen werden.

Magdeburg, den 20. Februar 1867.

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Für den Verwaltungsrath:

M. Schubart.

Mit der Auszahlung der Dividende pro 1866 für die Provinz Posen sind wir beauftragt.

Posen, den 21. Februar 1867.

Annuss & Stephan.

Dienstag den 26. d. Mts. 10 Uhr Vormittags sollen in den Kurzniker Forsten (Revier Gzmon II.) 120 Stück Kiefern-Bauholz im Wege des Meistgebots verkauft werden. — Es wird bemerkt, daß die Lication im Forsthause stattfindet, und wird das geehrte Publikum erucht, vor Beginn derselben die betreffenden Bauholzer in Augenschein zu nehmen.

Die Forstverwaltung.

Holz-Auktion.

Donnerstag den 28. Febr. c. von früh 9 Uhr ab werden im Forsthause zu Neugedank Kiefern-Bauholz, Eichen-Holz, sowie Eichen- und Kiefern-Klobenholz meistbietend gegen gleichbare Zahlung verkauft.

Die Forst-Verwaltung.

**Wichtig bei hohem Wasser-
stande.**

120,000 Mauersteine, darunter 15,000 Klinder, können noch in den Siegelei zu Preußen geliefert werden, um der Warte abgegeben werden zu dem

Dominium Bollochowo.

Die Steingut- und Thonwaren-Fabrik

von **J. G. H. Mattschas Wwe. & Sohn,**

Frankfurt a. d. Oder,

empfiehlt ihre Artikel mit der Bemerkung, daß der Rabatt für Steingut-Waaren auf 33 1/3% empfunden ist. Qualität vorzüglich. Preisverzeichnisse auf Verlangen sofort.

**Feinste Prima
Wiener Apollo-Kerzen**
empfiehlt in richtigen Zoll-
pfunden zu ermäßigten
Preisen

Adolph Asch,
Schloßstraße 5.

Amtliche Belehrungen und Gewinnungen

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 21. Februar 1867. (Wolff's telegr. Bureau.)

	Not. v. 20. v. 19.	Fondsborse: fest.	Not. v. 20. v. 19.
Roggens unverändert			
Febr.-März. 55	55	55	Amerikaner 77½
April-Mai. 53	53	53	Staatschuldsh. 85½
Spiritus behauptet.			Neue Posener 4%
Febr.-März. 16½	16½	16½	Pfandbriefe 89½
April-Mai. 16½	16½	16½	Russ. Banknoten 82
Rubel matt.			Russ. Pr. Anl. a. 90½
Febr.-März. 11½	11½	11½	do. do. n. 88½
April-Mai. 11½	11½	11½	do. do. 89½

Kanalliste: Nicht gemeldet.

Stettin, den 21. Februar 1867. (Marende & Maas.)

	Not. v. 20	Mühöl, matt.	Not. v. 20.
Weizen, flau.	82	82	Februar 11½
Februar	82	82	April-Mai. 11½
Frühjahr	82	82	Spiritus, matt.
Mai-Juni	82	82	Februar 16½
Roggen, niedriger.			Frühjahr 16½
Februar	52½	53½	Mai-Juni 16½
Frühjahr	52	52	Mai-Juni 16½
Mai-Juni	52½	53	Mai-Juni 16½

Börse zu Posen

am 21. Februar 1867.

Fonds. Posener 4% neue Pfandbriefe 88½ Gd., do. Rentenbriefe 90½ Gd., do. 5% Kreis-Obligationen 90½ Gd., do. 4½% Kreis-Obligationen 89½ Gd., polnische Banknoten 88½ Gd., do. 4% Kreis-Obligationen 89½ Gd.

Roggens [p. Scheffel = 2000 Pfd.] pr. Febr. 52½, Febr.-März 51½, März-April 51½, Frühjahr 50½, April-Mai 50, Mai-Juni 50.

Spiritus [v. 100 Quart = 8000% Tralles] (mit Fass) pr. Febr. 15½, März 15½, April 16, Mai 16½, Juni 16½, Juli 16½.

Produkten-Börse.

Berlin, 20. Februar. Wind: Nord. Barometer: 284. Thermometer: Früh 2°. Witterung: Bedeckter Himmel.

An unserem heutigen Roggen-Markt, der recht lebhaft verlief, war Verkaufslust vorherrschend und die Preise haben dabei eine empfindliche Ein-
zige erlitten. Effektiver Roggen verkauft sich ziemlich gut und holte auch an-
nähernd die gestrigen Preise.

Disponibler Weizen fand nur vereinzelte Beachtung, so daß die Umla-
ge außerst bedrängt blieben. Lieferungsware, mehr angeboten als gefragt,
mußte neuerdings etwas billiger erlassen werden. Gefündigt 1000 Ctr. Kün-
digungspreis 7½ Rt.

Häfer zur Stelle, wenig am Markt, blieb gut preishaltend; auch Liefe-
rungsware behauptete sich im Werthe.

Rüböl, eher etwas mehr gefragt, mußte ein Geringes besser bezahlt
werden.

Spiritus fand nur schwache Kauflust und hat denn auch nicht ummehr-
lich im Werthe nachgeben müssen. Gefündigt 10,000 Quart. Kündigungs-
preis 16½ Rt.

Weizen loko pr. 2100 Pfd. 70-85 Rt. nach Qualität, pr. 2000 Pfd.
April-Mai 75½-75 Rt. bz. u. Gd., Mai-Juni 76½ bz. u. Gd.

Roggens loko pr. 2000 Pfd. 54½ a 3 a 55 a 3 a 56 Rt. bz., feiner

5. Februar 1867.

5. Februar 1867.